

Die Rechtsentwicklung stoppen! Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau!

Ein Aktionsprogramm der DKP

Wohin geht unser Land?

Die Deutsche Kommunistische Partei will mit diesem Aktionsprogramm ihre Überlegungen und Aktionsvorschläge für die unmittelbare Zukunft vorstellen. Es ergänzt und konkretisiert die 1993 beschlossenen "Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP", insbesondere die dort entwickelten strategischen Gedanken.

Deutschland, kurz vor der Jahrhundertwende:

Militärische Gewalt und Krieg sind wieder Mittel deutscher Außenpolitik. Deutschland marschiert. Scheibchenweise hat die Bundesregierung Deutschland in den Krieg geführt. Über Sanitätssoldaten in Kambodscha, brunnenbohrende Bundeswehreinheiten in Somalia, AWACS-Aufklärungsflüge über der Adria und Bosnien führte der Weg zu den Kampfeinsätzen der Tornados in Bosnien. Und dann fiel das letzte Tabu: Bodentruppen auf dem Balkan, Beteiligung deutscher Soldaten an einer NATO-Besatzungsarmee in Bosnien. Der Krieg in Jugoslawien wurde genutzt, um als Ordnungsmacht in Osteuropa aufzutreten und den Anspruch des deutschen Imperialismus auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu bekräftigen. Gegenwärtig erfolgt der Aufbau von "Schnellen Eingreiftruppen" für den weltweiten Einsatz zur Sicherung "vitaler deutscher Interessen". Schritt für Schritt wird der weltweite Einsatz der Bundeswehr zur "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen" (Verteidigungspolitische Richtlinien des Bundesverteidigungsministeriums) vorbereitet. Daß die Rohstoffe der ehemaligen Sowjetunion das besondere Interesse des deutschen Kapitals wecken, liegt in der historischen Linie deutscher Expansionspolitik.

Kein Land bedroht Deutschland. Aber die Herrschenden haben die größten Rüstungsprojekte in der jüngeren Geschichte aufgelegt. Sie verschlingen die Gelder für soziale Reformen, sind eine Gefahr für die Demokratie und bedrohen den Weltfrieden.

Mit deutschen Panzern und Gewehren läßt die türkische Regierung auf das kurdische Volk wie auf türkische Demokraten schießen. Mit der Lieferung von Waffen, politischer und wirtschaftlicher Unterstützung für das türkische Regime, dem Verbot kurdischer Organisationen in der Bundesrepublik ergreift die Bundesregierung Partei in diesem schmutzigen Krieg. Die Türkei ist ein strategischer Partner des deutschen Imperialismus beim Aufbau einer deutschen Einflußzone im Nahen Osten und den Südrepubliken der ehemaligen Sowjetunion.

Westdeutsche Außenpolitik hat niemals endgültig auf die Atombombe verzichtet. Im Gegenteil: Bonn hat immer die Möglichkeit offen gehalten, über europäische Strukturen doch noch Atommacht zu werden. Ob die stillschweigende Atomtest-Kumpanei mit Paris oder der zäh verfolgte Versuchsreaktor in Garching bei München, der mit Bombenplutonium betrieben werden soll - all das zeigt: Bonn will die Bombe.

In der Europapolitik setzt sich das "Kern-Europa-Konzept" der CDU als Richtlinie der Regierungspolitik durch. Rigoros wird die ökonomische und politische Macht gegen die europäischen Nachbarn eingesetzt. Mit dem Maastrichter Vertrag festigen die deutschen Monopole ihre dominierende Position in Europa. Währungsunion und Politische Union mit einer gemeinsamen europäischen Außen- und Militärpolitik und eigenen militärischen Mitteln sind der Weg, auf dem Deutschland seine dominierende Rolle in Europa absichern und zur Weltmacht aufsteigen will.

Von neuer Qualität ist seit Ende der 80er Jahre die grenzenlose Mobilität der Konzerne. Neue Technologien machen erstmals die blitzschnelle Vernetzung von Produktion und Dienstleistung rund um den Globus möglich. Das Kapital treibt auf dieser Grundlage die Trans-Nationalisierung der Arbeit voran und sucht weltweit die billigste Arbeitskraft. So wird Druck auf die bisher besser bezahlte, geschützte und organisierte Arbeit in den Metropolen des Kapitals ("Standort Deutschland") ausgeübt. Das Kapital ("scheu wie ein Reh") droht dahin zu wandern, wo es die besten Bedingungen für die Maximierung des Mehrwerts und für die Ausbeutung

der Arbeitskraft vorfindet. Die jeweils nationalen Abteilungen der Arbeiterklasse sollen miteinander konkurrieren; die jeweils schlechtesten sozialen Bedingungen werden zum Maßstab für Arbeits- und Sozialbedingungen, weltweites Lohn- und Sozialdumping soll durchgesetzt werden.

Im heutigen Umfang wird diese Politik erst möglich durch den Wegfall der Systemkonkurrenz, der sozialistischen Länder Europas. In der BRD, aber auch in anderen westeuropäischen Ländern war es die DDR, die als "dritter Verhandlungspartner" mit am Tisch saß, wenn es um Arbeiterrechte und sozialen Fortschritt ging. Jetzt läßt der Kapitalismus alle Hemmungen fallen. In immer schnellerem Tempo sollen die "Schaufensterauslagen" der "sozialen Marktwirtschaft" weggeräumt werden. Dabei spielt auch der Wunsch mit, nach den Jahrzehnten der Demütigung durch die sozialistische Alternative politisch und sozial Revanche zu nehmen.

Der Osten Deutschlands ist Experimentierfeld der Herrschenden. Hier fand und findet eine konterrevolutionäre Veränderung der Gesellschaft statt: Industriepotentiale und landwirtschaftliche Großbetriebe wurden zerschlagen, Betriebe, Einrichtungen, Gebäude und Boden "privatisiert" bzw. an "Alteigentümer" "rückübertragen". Soziale Errungenschaften und Rechte wurden abgebaut, Kultur-, medizinische und Wissenschaftseinrichtungen zerstört. Alte Bildungsprivilegien sind wieder hergestellt. All dies wird begleitet von Verfolgungsmaßnahmen, die Hunderttausende und ihre Familien betreffen: Durch Berufsverbote und Gesinnungsjustiz, durch Rentenunrecht und politisches Strafrecht. So werden hier auch repressive Formen der Herrschaft beispielhaft konzipiert und ausprobiert.

Es geht um Sicherung der ungestörten Rechtsentwicklung und des reaktionären Umbaus der Gesellschaft. Mit der Kriminalisierung der Repräsentanten der DDR und der geheimdienstlichen Bespitzelung linker Kräfte soll der Sozialismus und jegliches systemkritisches Denken kriminalisiert werden. Mit dem "großen Lauschangriff" und anderen Maßnahmen sollen die demokratischen Rechte weiter eingeschränkt werden. Der durch die antidemokratischen "Notstandsgesetze" ermöglichte Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird von der CDU/CSU erneut öffentlich in Erwägung gezogen.

Es geht um nicht weniger als um die Abschaffung des bisherigen Regulierungsmodells des Kapitalismus der alten BRD. Es war gekennzeichnet durch das Bemühen um Integration der Arbeiterklasse und Erhalt des "sozialen Friedens" durch Steigerung der Reallöhne und Entwicklung der Kaufkraft, durch Abfederung sozialer Risiken für große Teile der Bevölkerung, durch Entschärfung der Klassenkonflikte mit Hilfe der Ideologie der "Sozialpartnerschaft".

Dies alles wird vom Kapital heute aufgekündigt. An die Stelle des "sozialen Kompromisses" treten soziale Polarisierung und Konfrontation. Bei starker Anbindung eines Teils der Arbeiterklasse an die Profitinteressen des Kapitals (z.B. über Standortdebatte oder Co-Management) werden wachsende Teile der Bevölkerung ausgegrenzt und an den Rand der Gesellschaft gedrückt.

Nach 13 Jahren Kohl-Regierung besitzen die 10 Prozent der Reichsten 50 Prozent des gesamten privaten Vermögens, doch die unteren 50 Prozent ganze 1,3 Prozent des Nettogeldvermögens. Die Reichen kassieren allein 200 Milliarden DM Zinseinnahmen jährlich aus ihrem Vermögen. 96 Milliarden und 90000 Millionäre auf der einen, beinahe 1 Million Obdachlose, mehrere Millionen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger auf der anderen Seite. Die öffentlichen Haushalte haben zusammen 28.500 DM pro Kopf der Bevölkerung Schulden, so daß 20 Prozent des Bundeshaushaltes für Zinszahlungen vorwiegend den Großbanken zufließen und vor allem Kommunalparlamente nicht mehr in der Lage sind, soziale Pflichten zu finanzieren. Aber das reicht ihnen noch nicht:

Um in der "Konkurrenz der Standorte" zu bestehen, betreiben Unternehmerverbände und Regierung den Umbau der Gesellschaft.

Dieses Umbaukonzept wird auch als "Neoliberalismus" bezeichnet. Der staatsmonopolistische Kapitalismus entwickelt ein gesellschaftliches Gesamtkonzept einer weltweiten imperialistischen Offensive, die sich nach dem Sieg des Kapitals über den ersten großen sozialistischen Anlauf von 1917/89 nun ungestüm entfaltet. In ihr verbindet sich der Rückgriff zum Frühkapitalismus - dem Wirtschaftsliberalismus - mit neuer internationaler Strategie der Monopole, die weltweit Arbeitskraft und Natur in den Dienst der Mehrwertsteigerung zwingen wollen. Dabei wird der Staat noch mehr zum Instrument der transnationalen Konzerne und Banken.

Rechtskonservative Kräfte übernehmen in wachsendem Maße Positionen faschistischer und offen reaktionärer Gruppen. Sie bauen sie ein in ihre Vorstellungen für eine deutsche Großmachtpolitik und in ihre Absicht, in Deutschland eine Art "Volks"- oder "Standortgemeinschaft" zu schaffen, auf die sie sich bei der Umsetzung ihrer Politik stützen können. Gleichzeitig werden die rassistischen, nationalistischen und neofaschistischen Kräfte weiter in Reserve gehalten. Sie lenken durch ihren direkten Terror von den Ursachen krisenhafter Entwicklungen ab und liefern die Begründung für eine Politik der allgemeinen Rechtsentwicklung. Darüber hinaus stehen sie bereit für den "Ernstfall", zum Beispiel für zugespitzte gesellschaftspolitische Konfliktsituationen.

Weltweit sind die Folgen der imperialistischen Offensive noch viel verheerender als in der Bundesrepublik Deutschland. Elendsviertel, Menschen, die auf dem Müll leben, Analphabetentum, längst totgeglaubte und neue Seuchen, Vernichtung der Regenwälder und natürlichen Lebensgrundlagen: Das Elend der Menschen in der sogenannten Dritten Welt wird seit den 80er Jahren wieder größer. Dies

ist die Folge von Verschuldung, Zinsdruck und immer ruinöseren Preisen für Produkte aus der Dritten Welt. So kommt es, daß jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung auch heute trotz sogenannter "Entwicklungshilfe" mehr Geld aus diesen Ländern in die imperialistischen Zentren fließt als umgekehrt. Die Ärmsten also subventionieren die Reichsten.

Großangriff auf die Menschenrechte

Da die Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des auf Weltmarktexpansion orientierten Kapitals die alles überragende Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik ist, bleiben alle Menschenrechte auf der Strecke.

Das Ziel des Rechtes auf Arbeit bleibt nicht einmal mehr ein Lippenbekenntnis, es ist in diesem Konzept nicht vorgesehen.

Um es klar zu sagen: Das herrschende Konzept des Imperialismus bestreitet im Namen des Maximalprofits der Mehrheit der Menschen auf unserem Planeten das Recht auf Leben und der Menschheit insgesamt das Recht auf Zukunft.

In unserem Land geht es dabei zunächst um Deregulierung und Privatisierung als Eckpunkte einer Politik der weltmarkt-orientierten Modernisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft.

Die Vorstellungen von der Zukunft sind reaktionär:

* *militärpolitisch*: Einsatz der Bundeswehr für die Interessen der Konzerne.

* *sozial*: Auflösung von Kollektivverträgen, um die Individualisierung kollektiver sozialer und demokratischer Rechte in einzelvertragliche Vereinbarungen durchzusetzen. Flexibilisierung der Arbeitszeit nach Unternehmerwünschen, Senkung der Kosten der Arbeitskraft durch weltweites Lohn- und Sozialdumping.

* *juristisch*: Umwandlung sozialer Rechte in bezahlte (für viele unbezahlbare) Dienstleistungen; Privatisierung profitträchtiger öffentlicher Betriebe, Kriminalisierung der Linken, Zerschlagung der Gewerkschaften, falls sie sich als Gegenmacht verstehen.

* *sozialpsychologisch*: Durchsetzung der Konkurrenz Aller gegen Alle und Zerstörung jeglicher Solidarität.

* *demokratisch*: Demokratische Rechte werden reaktionär verändert, das Grundgesetz wird ausge-

höhlt, Einschränkung der Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechtes werden durchgesetzt, Neofaschismus und Rassismus werden zu weiterer reaktionärer Veränderung genutzt.

* *bildungspolitisch*: Bildungsinhalte sollen stärker auf die Verwertungsbedingungen der Konzerne ausgerichtet werden. Bildung soll wieder Ware werden, deren Erwerb vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist, die der sozialen Selektion dient und zur Verfestigung sozialer Spaltung beiträgt.

* *technologisch*: Aufhebung von Auflagen und weitere Einschränkung der juristischen und politischen Einspruchsmöglichkeiten bei der Einführung neuer Technologien. Umbau der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Dienstleistungszentren der Konzerne.

Es geht um die Durchsetzung einer brutalen Veränderung der Lebensweise, der Bewußtseinsformen und des politischen Verhaltens. Vereinzeln, soziale Unsicherheit, Perspektivlosigkeit, Entsolidarisierung, Korruption und Gewalt werden zum Gesellschaftskonzept, Geld und Konsum zu den höchsten gesellschaftlichen Werten.

Die Folgen der Herrschaft der Bourgeoisie, die Karl Marx und Friedrich Engels im "Kommunistischen Manifest" schon 1848 beschrieben haben, werden durch diese Entwicklung noch gesteigert:

"Sie hat ... kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose 'bare Zahlung'. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohl erworbenen Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt."

In den aktuellen Kämpfen vertritt die DKP die Zukunft - den Sozialismus

Zur Lösung der Probleme muß das kapitalistische System nicht nur punktuell sozial und ökologisch gestaltet und verbessert, sondern überwunden werden. Der Kapitalismus kann unserer Meinung nach nicht auf dem Weg von Reformen, ohne tiefgreifende Umgestaltungen und ohne revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnissen in eine Gesellschaftsordnung umgewandelt werden, in der alle Menschen sich in gleicher Weise frei entfalten können. Dieser revolutionäre Bruch hin zu einer neuen Gesellschaft führt zum Sozialismus. Auf diesem Weg kommt der Arbeiterklasse aufgrund ihrer Stellung in den Produktionsverhältnissen eine entscheidende Bedeutung zu. Nur wenn es gelingt, sie in ihrer großen Mehrheit von der Notwendigkeit dieser Entwicklung zu überzeugen und dafür zu aktivieren, kann sie auch zum Magneten für die notwendige Einbeziehung anderer werktätiger Klassen und Schichten (z. B. großer Teile der Bauern bzw. der Intelligenz) werden.

Revolutionäre Strategie muß einen gangbaren Weg zum Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen aufzeigen. Es geht uns um eine Konzeption, die organisch die heutigen Auseinandersetzungen in eine Strategie zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft einordnet.

Heute den reaktionären Umbau der Gesellschaft stoppen würde Voraussetzungen schaffen, daß wesentliche Entscheidungen nicht mehr allein gemäß den Profitinteressen, sondern gemäß den Interessen der überwältigenden Mehrheit der großen Mehrheit der Bevölkerung getroffen werden könnten. Der DKP geht es dabei um eine Veränderung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen, um die Verbreitung der Erkenntnis, daß die Interessen des Kapitals und die Interessen der Menschen im Widerspruch stehen. Dieser Kampf und diese Erkenntnis führen an Kämpfe um einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus heran.

Die DKP sieht als ihre besondere Aufgabe, in all diesen Kämpfen das Bewußtsein für die Notwendigkeit grundsätzlicher gesellschaftlicher Veränderungen zu entwickeln.

Jeder Teilerfolg wird ständig wieder durch die Interessen des Kapitals in Frage gestellt. Es muß langfristig darum gehen, das vom Profit regierte Ausbeutungssystem grundsätzlich zu überwinden.

Die Triebfeder all der beschriebenen Angriffe auf unsere Lebensverhältnisse ist die Profitlogik der kapitalistischen Wirtschaft. Darum werden wir in diesen Abwehrkämpfen immer wieder auf die Not-

wendigkeit der Einschränkung und schließlich der Abschaffung des Profitsystems stoßen:

* Weil der Profit steigt, wenn Kriege geführt werden, um fremde Märkte zu erobern oder der Zugang zu billigen Rohstoffen sicher zu stellen, muß auch der Kampf um Frieden und Abrüstung gegen maßgebliche Kreise des Kapitals und ihre politischen Erfüllungsgehilfen geführt werden.

* Weil der Profit steigt, wenn immer weniger Menschen immer länger zu immer geringerem Lohn arbeiten, kann die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Sicherung des Lohnniveaus nur im Kampf gegen das Kapital durchgesetzt werden.

* Weil der Profit sich nur realisiert, wenn Menschen und Natur ausgebeutet werden, weil die dem Profit unterworfenen und vom Profit diktierte wissenschaftlich-technische Entwicklung die Existenzgrundlage menschlichen Lebens überhaupt in Frage stellt, wird es darum gehen, die Entscheidungsfreiheit des Kapitals darüber, was wie und wo produziert wird, einzuschränken und zu überwinden.

Ob bei der Bündnisarbeit oder im eigenständigen Auftreten der Deutschen Kommunistischen Partei, im Kampf für die Stärkung der DKP und der Entwicklung der UZ zu einer Wochenzeitung, immer geht es uns auch um die Hervorhebung der Eigentums- und Klassenfrage, das heißt um die Stoßrichtung gegen die transnationalen Konzerne und ihre Politik, um die Entwicklung und Vernetzung der Gegenkräfte auch im internationalen Maßstab.

Je besser wir es dabei verstehen, Gemeinsamkeiten zu suchen und die Teilforderungen anderer politischer Kräfte in eine revolutionäre Gesamtstrategie zu integrieren, desto wirksamer wird diese Politik zur Bündelung der Kräfte zur Lösung der anstehenden politischen Aufgaben. So machen wir in den Auseinandersetzungen von heute gleichzeitig die Zukunft der Bewegung sichtbar.

Viele Menschen, die unter den Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen des Kapitalismus leiden und sie verändern oder abschaffen wollen, gehen von anderen Einschätzungen der Ursachen und Perspektiven aus als wir. Kommunistinnen und Kommunisten wollen ihre Auffassungen niemandem aufnötigen. Für die konkreten Ziele der Verbesserung der Lebensverhältnisse, für Frieden und Menschlichkeit, für Hilfe an die notleidenden Entwicklungsländer, für die Lebenschance unserer Kinder und Enkel können und wollen wir mit allen gemeinsam eintreten und kämpfen, mit denen wir in diesen Zielen übereinstimmen.

Besondere Bedeutung in einer Strategie gesellschaftlicher Veränderungen gegen das Profitprinzip haben die Ideen und Aktionen der Jugend, die sich gegen das Einschränken ihrer Lebensperspektiven

wehrt. Sie will nicht belehrt werden, sondern entwickelt sich im gegenseitigen Lernen in den gemeinsamen Kämpfen für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung.

Für eine Wende zu demokratischer, sozialer, ökologisch orientierter Politik

Es gilt, diesem Weg, den die herrschende Klasse eingeschlagen hat, eine Alternative entgegenzusetzen.

Die entscheidende Frage ist, ob Kräfte entwickelt werden können, die diese verhängnisvolle Politik stoppen und ob Mehrheiten für politische Alternativen zu gewinnen sind. Für Reformen, die sich nach außen auf Friedenssicherung, Kooperation und Ausgleich, nach innen auf die Beseitigung der Dauerarmenarbeitslosigkeit sowie der Armut ausrichten.

Ohne antimonopolistische Eingriffe wird eine tiefgreifende Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentliche Haushalte, von Nord nach Süd nicht möglich sein.

Es geht um Förderung solidarischer Verhaltensweisen gegen die Ellenbogenmentalität und gegen den menschenfeindlichen Neofaschismus und Rassismus.

Es geht um die Durchsetzung von Bildungsinhalten im Erziehungswesen, die der Heranbildung kritisch denkender mündiger Staatsbürger dienen, statt Abrichtung und Training von abrufbar verwertbarer Arbeitskraft.

Notwendig ist die Abkehr der Gesellschaft vom herrschenden Dogma der Selbstregulierung des

Marktes. Effektivität der Wirtschaft darf nicht in der Rentabilität des Kapitals und in den abstrakten Kennziffern der internationalen Konkurrenzfähigkeit gemessen werden.

Über Beschäftigungsprogramme zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und gezielte Sanierung müssen Staat und Kommunen ökologische Reformen und qualitatives Wachstum vorantreiben: Unverzichtbar ist öffentlicher Wohnungsbau, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, neue Bildungs- und Kultureinrichtungen, die Bereitstellung von qualifizierten und kostenlosen Kindergartenplätzen und Ganztagschulen für alle Kinder und die Sanierung der Umwelt.

Vorhanden sind auch die finanziellen Mittel: Im Reichtum der Konzerne und Banken, im Rüstungsetat und bei den nichtinvestierten Spekulationsmilliarden von Banken, Versicherungen und Konzernen.

Erforderlich sind gewerkschaftliche Aktionen und internationale Abkommen gegen Sozialdumping.

Demokratisierung von Betrieb und Staat durch qualitative Mitbestimmung, durch Ergänzung der repräsentativen Demokratie mit Elementen direkter Demokratie können Mittel zur Einschränkung der Macht der Banken und Konzerne sein.

Bündnisse gegen rechts - Bewegungen für Verteidigung und Veränderung

Damit eine solche Politik auf den Weg gebracht werden kann, muß heute Widerstand entfaltet werden.

Außerparlamentarischer Druck kann etwas bewirken:

* Die Tarifikämpfe der Vergangenheit haben bei allen Mängeln bewiesen, daß die Arbeiterklasse nicht bereit ist, sich jedem Diktat zu beugen.

* Ohne die Aktionen der Friedensbewegung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen vor 15 Jahren, ohne das massive spontane Handeln besonders junger Menschen angesichts des Golf-Krieges wäre heute das Konzept "Bundeswehr in alle Welt" schon viel weitgehender verwirklicht, als dies tatsächlich der Fall ist.

* Die Ökologiebewegung hat immerhin in Teilbereichen, allerdings regional sehr begrenzt und zum Teil auf Kosten der "Dritten Welt", eine Verlangsamung der Naturzerstörung in den Metropolen erträgt und das allgemeine Bewußtsein für diese Problematik geschärft.

* Der Frauenbewegung der alten BRD ist es zu verdanken, daß Frauenunterdrückung und -diskriminierung stärker thematisiert und ins gesellschaftliche Bewußtsein gerückt wurden. Gegen den Widerstand von Kapital und Patriarchat hat sie Schritte zur Durchsetzung gleicher Rechte für Frauen erkämpft, die jetzt wieder liquidiert werden.

* Wir sehen die Chance, daß im Osten der BRD mit wachsendem Selbstbewußtsein und in Folge der Erfahrungen mit zwei einander entgegengesetzten Gesellschaftssystemen aus Entmutigung und Wut Widerstand erwächst.

* Der Widerstand von antifaschistischen und anti-rassistischen Initiativen konnte den offenen Terror von Nazibanden zurückdrängen.

Die Zahl vor allem junger Menschen, die sich - oft abseits traditioneller Organisationen - für ein anderes Leben, für eine andere Entwicklungslogik der Gesellschaft einsetzen, wächst.

Die Massenaktionen in Italien Ende 1994 und in Frankreich Ende 1995 haben gezeigt, daß man der brutalen Strategie des Sozial- und Demokratieabbaus auf breiter Front entgegenreten kann. Noch fehlen bisher in Deutschland solche Voraussetzungen für eine Wende in der Politik: die gemeinsame Aktion von Gewerkschaften und Links-Parteien, Sozialverbänden, Mietern, Schüler- und Studentenbewegung, Arbeitslosen und Jugend gegen die herrschende Politik.

Es kommt jetzt darauf an, daß alle, die diese Rechtsentwicklung nicht hinnehmen wollen, in Bewegung kommen und zusammenfinden.

Dazu bedarf es einer Bündelung gesellschaftlicher Kräfte weit über die Linke hinaus.

Bündnisse und Bewegungen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung zu stoppen.

Eingreifen in aktuelle Auseinandersetzungen - unsere Forderungen

Der reaktionäre Umbau der Gesellschaft bestimmt die gesellschaftlichen Konfliktfelder. Um mitzuhelfen, diese Politik zu stoppen, geht es uns aktuell vor allem darum, folgende Positionen in die Auseinandersetzungen einzubringen:

* Die DKP unterstützt alle Bewegungen gegen den Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien. Sie entwickelt eine Kampagne mit eigenständigen Beiträgen, um die Kriegspolitik zu stoppen. Der deutsche Imperialismus ist die Quelle für die Existenzbedrohung der Bevölkerung. Wir lehnen jegliche Einsätze der Bundeswehr außerhalb der Landesgrenzen genauso entschieden ab wie ihren Mißbrauch als Bürgerkriegstruppe nach innen und setzen uns dafür ein, daß der Grundsatz "Nie wieder Krieg von deutschem Boden" durchgesetzt wird. Wir wollen sofort die energische Kürzung des Rüstungsetats, das Verbot aller Rüstungsexporte, den Verzicht auf den "Eurofighter 2000", die Entwicklung einer Perspektive zur Auflösung der Bundeswehr. Schluß mit dem Bundeswehreininsatz in Jugo-

Sie müßten die Kräfte umfassen, die

* gegen die Kriegspolitik sind bis hin zu denen, die darüber hinaus gesellschaftliche Verhältnisse anstreben, in denen es keine Grundlage mehr für Gewalt und Krieg gibt;

* erkämpfte Rechte, Arbeitsplätze und Sozialleistungen verteidigen wollen bis zu jenen Kräften, die sozialistische Macht- und Eigentumsverhältnisse für notwendig halten. Dabei wird ohne kampfstärke Einheitsgewerkschaften keine hegemonie- und durchsetzungsfähige demokratische Gegenkraft entstehen können;

* die Demokratie gegen zunehmende Tendenzen zu einem autoritären Staat bewahren wollen, bis zu jenen Kräften, die darüber hinaus eine sozialistische Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft anstreben;

* auf den verschiedensten Feldern für ihre Rechte und die ihrer Mitmenschen kämpfen, sei es gegen rassistische Unterdrückung, Umweltzerstörung, Frauenunterdrückung oder andere Bedrohungen menschenwürdigen Lebens, bis hin zu jenen Kräften, die darüber hinaus in diesen wie auch in anderen Bewegungen Klassenbewußtsein zu entwickeln versuchen.

In der heutigen Situation, in der es auf Widerstand und Bündelung aller Kräfte gegen Rechts ankommt, ist es die strategische Aufgabe der Deutschen Kommunistischen Partei, einen Beitrag zur Formierung breiter gesellschaftlicher Allianzen zu leisten und in sie Klassenpositionen einzubringen.

slawien und mit der Beteiligung am Völkermord am kurdischen Volk. Wir fordern den Austritt der BRD aus der NATO sowie die Auflösung der NATO, den Verbot von Waffenexporten, die drastische Reduzierung der Bundeswehr, die Vernichtung aller Offensivwaffen und den Ausstieg der BRD aus dem Eurokorps. Die DKP verteidigt entschieden das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

* In den Mittelpunkt gesellschaftspolitischer Fragen rückt das Problem: Was sind Werte und Inhalte eines menschlichen Lebens? Welche Rolle spielt dabei die Arbeit im umfassenden Sinne?

Dabei geht es um soziale, politische, kulturelle, ökologische und emanzipatorisch-demokratische Inhalte. Wir werden aktiv für das Recht auf Arbeit. Dazu sind notwendig: Weitere Schritte zur Verteilung der Arbeit auf möglichst Viele durch Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem durch weitestmögliche Umwandlung von Mehrarbeit in Arbeitsplätze durch Abbau und Abfeiern von Überstunden bei

Erhalt der tariflichen Zuschläge (in Geld oder Freizeit), flächendeckende Durchsetzung der 35-Stunden-Woche in allen Wirtschaftsbereichen in ganz Deutschland und weitere Schritte in Richtung 32- oder 30-Stunden-Woche. Notwendig ist weiter der Erhalt aller ökologisch vertretbaren Standorte und Arbeitsplätze, auch durch den Umbau der Produktionen und Arbeitsverhältnisse und der Techniken und Technologien. Gleichberechtigte Teilnahme Behinderter am Arbeitsprozess entsprechend ihrer jeweiligen Möglichkeiten. Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Beschäftigungsprogramme; Durchsetzung einer gesellschaftspolitisch wirksamen Mitbestimmung, die sich das Ziel setzt, Wirtschaft nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten umzubauen. Es geht um die Einforderung der Verpflichtung aus Artikel 14 des Grundgesetzes, nachdem Eigentum dem Allgemeinwohl zu dienen hat. Dazu müssen zunächst der Machtmißbrauch der wirtschaftlich Mächtigen und ihrer Parteien eingeschränkt sowie die Eigentumsrechte der Besitzenden zugunsten der Interessen der Bevölkerung beschnitten werden.

Zu den Werten des menschlichen Lebens gehören die Reproduktionsbedingungen. Das Gesundheitssystem, die Altersversorgung, Bildung und Kultur, Wissenschaft und Forschung, all dies muß dem Ziel dienen, die Lebensqualität zu erhöhen. Die gesamte Infrastruktur muß dem Ziel dienen, Mensch und Natur immer mehr so zueinander zu entwickeln, daß die Lebensqualität erhöht und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und wiederhergestellt werden können.

* Wieder einmal sind Frauen die ersten Opfer der reaktionären Politik. Arbeitslosigkeit, Armut und Sozialabbau treffen überproportional viele Frauen. Selbst gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist noch nicht verwirklicht. Mädchen werden nach wie vor in der Bildung benachteiligt. Frauendiskriminierung, Sexismus und Gewalt gegen Frauen sind Bestandteil dieser Gesellschaft. Wir wenden uns gegen alle Bestrebungen, "Kirche, Küche und Kinderzimmer" als wahre Bestimmungen der Frau wieder verstärkt zu propagieren. Wir kämpfen für die Beseitigung der in der Gesellschaft existierenden Benachteiligung von Frauen. Wir fordern die Möglichkeit einer existenzsichernden sinnvollen Berufstätigkeit und die Alterssicherung für alle Frauen, die Sicherung einer qualifizierten Aus- und Weiterbildung für alle Mädchen und Frauen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihr eigenes Leben muß durchgesetzt werden. Der neue Paragraph 218 gewährt ihnen keine Selbstbestimmung, verletzt ihre Würde und muß abgeschafft werden.

* Die Verteidigung des Er kämpften auf sozialem Gebiet ist die Voraussetzung, um relative Sicherheit einer Lebensperspektive zu erreichen. Konkret muß der jetzt stattfindende Abwehrkampf

vor allem das Ziel haben, Reallöhne zu sichern, Tarifautonomie zu erhalten, Inhalte der Manteltarifverträge und Betriebsvereinbarungen zu schützen, wenigstens das jetzige Sozialversicherungssystem und die Rechte der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger zu verteidigen. Dazu gehört auch die Verteidigung der Errungenschaften der DDR, zum Beispiel der Enteignung der Kriegsverbrecher und Großgrundbesitzer, aber auch noch vorhandener gesellschaftlicher Einrichtungen. Generell ist die Verteidigung gesellschaftlichen und staatlichen Eigentums in der gesamten Bundesrepublik Deutschland nötig. Bahn und Post müssen in Gemeineigentum unter gesellschaftlicher Kontrolle überführt werden. Durchgesetzt werden muß: Eine Reallohnerhöhung, die auch als gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Umverteilung zugunsten der Arbeitenden und Arbeitslosen erkämpft wird. Eine Mindestsicherung für die Armen, Sicherung und Durchsetzung des Rechtes auf Bildung und Berufsausbildung. Der öffentliche Dienst muß im Dienste der Menschen stehen. Die finanzielle Ausblutung der Kommunen muß gestoppt werden. Armut, Obdachlosigkeit, fehlende Wohnungen sind sofort durch Umverteilung von Haushaltsmitteln und durch stärkere Besteuerung der Reichen zu bekämpfen. Wer den Reichen - Millionären, Großaktionären, Konzernen, Banken und Spekulanten - nichts nimmt, kann den Armen nichts geben!

* Stoppt die Zerstörung unserer Erde! Wir kämpfen gegen rücksichtslose Profitmacherei auf Kosten der jetzigen und künftigen Generationen. Die natürlichen Ressourcen werden ohne Rücksicht auf biologische Regenerationszyklen aufgebraucht. Wasser und Luft werden vergiftet, die klimastabilisierenden Wälder abgeholzt, Hunderttausende von Tier- und Pflanzenarten ausgerottet, die zum biologischen Gleichgewicht der Umwelt beitragen.

* Von entscheidender Bedeutung für den Ausgang der Kämpfe ist die Sicherung der Existenz des DGB als Einheitsgewerkschaft und seine Entwicklung als eine Gegenmacht, in der sozialistische Positionen ihren selbstverständlichen Platz haben. Sozialpartnerschaft und Co-Management als Inhalt gewerkschaftlicher Politik bedrohen die Existenz des DGB. Daher lehnen wir Vorschläge ab, die - so wie im Zwikkel-Vorschlag zum "Bündnis für Arbeit" - Verzicht auf Lohn und soziale Errungenschaften anbieten, um so den "Standort" und damit die "Arbeitsplätze" zu sichern. Ein solcher Übergang von Gewerkschaften und Betriebsräten zur Standortlogik des Kapitals führt geradewegs in eine Abwärtsspirale des Lohn- und Sozialdumpings und untergräbt die Solidarität der Arbeitenden, ohne jedoch das Ziel der Standort- und Arbeitsplatzsicherung zu verwirklichen. Dagegen setzen wir gemeinsam mit allen klassenorientierten und kämpferischen Gewerkschaftern den ursprünglichen Zweck der Gewerkschaften, der Konkurrenz der Arbeitenden untereinander entgegenzuwirken.

Es liegt auch an uns und an der Linken insgesamt, einen Beitrag zu leisten, daß die Linie einer autonomen, klassenpolitischen Gewerkschaftspolitik wieder stärker wird und Systemkritik sowie sozialistische Positionen offen erörtert werden können. Intensiviert werden muß dringend die Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer und internationaler Ebene, um ein Ausspielen nationaler Belegschaften gegeneinander zu behindern.

* Von großer Bedeutung für die Zukunft ist die Frage, inwieweit alle Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Bildung und Ausbildung haben. Ausbildung oder Studium sind Grundvoraussetzungen, damit Jugendliche ein eigenständiges und unabhängiges Leben führen können. Bildung und Ausbildung müssen Grundrechte werden.

Wir fordern ein Ausbildungsgesetz, in dem eine Ausbildungsverpflichtung für Großbetriebe mit einer Quote festgelegt wird. Auszubildende müssen nach ihrem Berufsabschluß in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Auszubildungsvergütungen müssen eine selbständige Lebensführung ermöglichen. Die Rechte der Auszubildenden müssen ernstgenommen und denen der übrigen Beschäftigten gleichgestellt werden.

Wir fordern Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen. Dies kann letztlich nur mit einer integrierten polytechnischen Gesamtschule verwirklicht werden. Wir fordern volle Lehr- und Lernmittelfreiheit. Die Schulen müssen unabhängig von privaten Zuwendungen bleiben und ihren allgemeinbildenden Anspruch behalten. Wir sprechen uns aus gegen Schulzeitverkürzung, Klassenvergrößerung und Arbeitsverdichtung für Lehrer.

* Antifaschismus und Antirassismus müssen ein Grundkonsens aller relevanten gesellschaftlichen Kräfte werden. Wir setzen uns ein für das Verbot und die sofortige Auflösung neonazistischer Parteien und Organisationen sowie die Bestrafung rassistischer Äußerungen, Drohungen und Handlungen. Wir werden aktiv für die Wiederherstellung und Verwirklichung des Grundrechtes auf Asyl, Abschiebestopp und Wahlrecht für alle hier lebenden Bürger ausländischer Herkunft! Wir fordern Bleiberecht für alle - das Ausländergesetz muß weg! Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus sind überall zu bekämpfen. Dazu gehört auch, entsprechenden Stammtischparolen und Übergriffen im Alltag entgegenzutreten.

* Der "Neoliberalismus" wirft die "Dritte Welt" und die ehemals sozialistischen Länder noch weiter zurück. Die Macht der Metropolen ist eine Form von Kolonialismus. Viele internationale Gremien wurden zwar für die Herrschaftssicherung der hochentwickelten kapitalistischen Staaten geschaffen, heute werden sie jedoch noch brutaler dafür eingesetzt. Wir treten demgegenüber ein für eine neue Welt-

wirtschaftsordnung, für die Durchsetzung gleichberechtigter partnerschaftlicher ökonomischer und politischer Beziehungen aller Nationen und Völker und für Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung der ärmsten Länder, zu Lasten der Profite der Banken und Konzerne. Wir sind solidarisch mit revolutionären und fortschrittlichen Kräften in aller Welt, die sich für diese Ziele einsetzen. Wir fordern, daß die Schulden und Zinsen der Dritten Welt ersatzlos gestrichen werden. Die gegen die "Dritte Welt" gerichtete Militärstrategie der Eingreiftruppen ist sofort zu stoppen. Soziale und ökonomische Hilfe sind erforderlich, um militärische Konflikte zu begrenzen.

* In der Europapolitik organisieren wir Widerstand gegen den Maastrichter Vertrag, der ein Europa der Monopole will und mit der Währungsunion eine Vorherrschaft des deutschen Kapitals erreichen soll. Die Westeuropäische Union (WEU) ist ihre militärische Struktur. Wir fordern ein neues Vertragswerk, in das alle europäischen Staaten gleichberechtigt eingeschlossen sind. Dieser Vertrag muß das Ziel haben, Frieden, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und Humanismus in Europa zu fördern.

Diese Ziele zu erreichen, erfordert eine verstärkte europaweite Zusammenarbeit der kommunistischen, revolutionären und linken Parteien, der Gewerkschaften und fortschrittlichen Bewegungen.

* Wir verteidigen den antifaschistischen Geist des Grundgesetzes gegen alle reaktionären Veränderungen und gegen das Aushöhlen der Grundrechte. So wenden wir uns gegen das Urteil des Bundesverfassungsgericht, das Einsätze der Bundeswehr im Ausland ermöglicht. Und gegen die Planung, das Recht der Unversehrtheit der Wohnung abzuschaffen. Wir tun etwas für Änderungen zur Stärkung der demokratischen, sozialen und politischen Grundrechte des Grundgesetzes, zum Beispiel durch plebiszitäre Elemente und der Verankerung einer qualifizierten Mitbestimmung. Der Erfolg der bayrischen Volksabstimmung für zusätzliche Rechte zeigt die Möglichkeiten.

Wir fordern die Rehabilitierung der politisch Verfolgten aus der alten BRD in den Jahrzehnten des Kalten Krieges, insbesondere der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die in der BRD erneut politisch verfolgt wurden. Das KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956, das zur Handhabe vieltausendfachen Unrechts wurde, muß aufgehoben bzw. außer Kraft gesetzt werden. Die Berufsverbotpraxis in der Bundesrepublik ist vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als rechts- und völkerrechtswidrig erklärt worden. Wir fordern ihre umgehende Beendigung, die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen.

Wir beteiligen uns am Kampf um die Bürgerbeteiligung bei der Einführung neuer Technologien bei technischen Großprojekten, um Humanisierung und Umweltverträglichkeit gegen das Profitinteresse zur Geltung zu bringen.

* Nach dem Anschluß der DDR werden Antikommunismus und Kriminalisierung der sozialistischen Vergangenheit genutzt, um gesellschaftspolitische Alternativen für die Zukunft zu verhindern. So nimmt auch die Repression gegenüber autonomen und alternativen Bewegungen vor allem unter Jugendlichen spürbar zu. Eine differenzierte Betrachtung des Sozialismus der DDR, seiner Erfolge, aber auch seiner Schwächen und Fehler ist zwingend notwendig, auch um über gesellschaftliche Alternativen und einen neuen sozialistischen Anlauf in Deutschland weiter zu diskutieren.

Die Gesinnungsprozesse müssen gestoppt werden, Verfahren sind einzustellen. Darüber hinaus fordern wir die Einstellung aller Strafverfahren gegen Menschen, die wegen ihres Widerstandes gegen die Beschneidung ihrer Lebensgrundlagen und ihrer Menschenwürde gerichtlich verfolgt werden.

Mit diesen Positionen wird die DKP in den aktuellen Auseinandersetzungen ihren Beitrag leisten, die Rechtsentwicklung zu stoppen, die neoliberale Politik zu brechen und eine andere Entwicklungsrichtung durchzusetzen.